

Aufgabenverschiebung vom Kanton zu Gemeinden

bz vom 14. 2.: Förder-Kontingente für Schule

Seit kurzem ist die Vorlage zu den Angeboten der Speziellen Förderung und der Sonderschulung öffentlich. Wichtige Punkte sind, dass nicht nur Schüler und Schülerinnen (SuS), die Beeinträchtigungen haben, speziell gefördert werden, sondern dass auch die SuS, die besondere Begabungen haben, von einer speziellen Förderung profitieren können und sollen. Bisher war kantonal ein gewisser Berechnungsschlüssel festgelegt worden. Neu sind verschiedene Pools mit einer Maximallektionenanzahl für die Primarstufe wie auch für die Sekundarstufe I verfügbar. Dies erlaubt auch, vermehrt Lektionen der Speziellen Förderung in Regelklassen einzusetzen. So weit, so gut. Einerseits wird sicherlich die Angebots- und Personalplanung der Schulen vereinfacht, aber andererseits wird ein grösserer Mehraufwand auf die Schulleitungen der Primarstufe zukommen, die für die Zuteilung der Förderlektionen zuständig sind. Folglich werden sie zukünftig aufgrund der Abklärungen und Zuweisungen eine grössere Verantwortung tragen. Bisher waren dafür jedoch die kantonalen Fachstellen zuständig. Von daher sind wieder Aufgaben vom Kanton an die Gemeinden verschoben worden. Hier stellt sich nun die wichtige Frage der Ressourcierung der Schulleitungen, die schon heute oft aufgrund immer umfassenderer Aufgaben am Anschlag sind. Wie soll dies abgegolten werden? Ausserdem sollten die Schulleitungen für diese neuen Aufgaben geschult werden. Wir sind gespannt, wie dies alles bewerkstelligt werden soll.

BÉATRIX VON SURY, REINACH,
LAND- UND GEMEINDERÄTIN CVP

Empathie ist gefragt, nicht Druck und Repression

bz vom 20. 2.: Neue Petition will Abtreibungen bekämpfen

Ach wenn doch alles immer so einfach wäre! Ich kannte eine junge Frau, welche schwanger in einen Autounfall verwickelt worden ist. Die Ärzte sagten, das Kind werde leider als Folge des Unfalls behindert sein. Die Kirche sagte, eine Abtreibung käme nicht infrage. Die junge Frau hörte auf den Pfarrer, das Kind kam schwerstbehindert auf die Welt, die Ehe scheiterte an der belastenden Situa-

tion und eine Unterstützung vom Pfarrer kam letztendlich keine. Der Entscheid zu einer Abtreibung ist schwerwiegend und wird nie leicht und locker gefasst. Die «schmerzlichen Folgen» einer Abtreibung sind längst thematisiert. Der Druck ist schon gross genug. Mehr gefragt sind Empathie, fürsorgliche Begleitung und verständnisvoller Umgang mit den Frauen jeglichen Alters statt Repression, Druck und Gesetze.

BEATRICE ISLER, BASEL,
PRÄSIDENTIN CVP-FRAUEN BASEL-STADT

Personenfreizügigkeit benachteiligt Ü-50

Diverse bz-Artikel zum Rahmenabkommen mit der EU

Wissen tun es mittlerweile alle. Die über 50-jährigen haben es dermassen schwer, wenn sie eine Kündigung erhalten haben, im Arbeitsmarkt wieder Fuss zu fassen. Daher erstaunt es nicht, dass Parlamentarier nun krampfhaft mit Vorstössen versuchen, diese Ungerechtigkeit in unserem Arbeitsmarkt regulieren zu wollen. Es sind genau jene Politiker, die an vorderster Front für die Zuwanderung werben. Sie verkennen im hohen Masse, dass die Zuwanderung genau die Ü-50-Jährigen ausrangiert. Diese Ungerechtigkeit erlebe ich tagtäglich, da ich in der Personalbranche tätig bin. Menschen, welche über Jahrzehnte einer Firma oder einem Konzern treu gedient haben, werden gekündigt für günstigeres Personal aus dem nahen Ausland. Sie werden im wahrsten Sinne des Wortes einfach ausgewechselt. Dieser unmoralische Trend gegenüber den Ü-50 wird sich in den nächsten Jahren weiter zuspitzen, wenn unsere Schweiz nicht endlich bereit dazu ist, die Zuwanderung entsprechend anzupassen. Es kann und darf nicht sein, dass die Ü-50 auf der Strasse stehen, nur weil günstiges Personal greifbar zu rekrutieren ist. Es muss es der Schweiz wert sein Ü-50-Jährige mit ihrer langjährigen beruflichen Erfahrung im Arbeitsmarkt ohne Wenn und Aber weiterhin zu beschäftigen. Hier gilt eben nicht der Slogan «günstig und gut». Ein Appell an jene Politiker, die nun wild mit Vorstössen prahlen und meinen, damit das Problem der Arbeitslosen Ü-50 lösen zu können, sollten sich bewusst werden, solange der Arbeitgeber ganz einfach günstiges Personal aus dem Ausland einstellen kann, wird er nicht an einem Ü-50-Arbeitnehmer festhalten. Mit anderen Worten, es gilt das Problem an der Wurzel zu packen.

CAROLINE MALL, LANDRÄTIN SVP, REINACH

Schicken Sie uns Ihre schönsten Schnappschüsse per Internet (www.bzbasel.ch/bz-schnappschuss). In der Zeitung erscheint eine Auswahl. Jeden Monat wird ein Gutschein von 100 Franken der Firma Mobilcom unter allen in der Zeitung abgedruckten Bildern verlost. Es wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Ihr Schnappschuss

Martin Manzoni, Füllinsdorf: Mutter und Tochter oder Vater und Sohn?

Kaffeesatzlesen der Bürgerlichen?

bz vom 19. 2.: Für Bürgerliche, gegen Schweizer

Sechs bürgerliche Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten sprechen Kathrin Schweizer Persönlichkeit, Teamfähigkeit und Kompromissbereitschaft ab und finden, sie sei nicht für das Amt einer Regierungsrätin geeignet. Dafür empfehlen sie als neuen Regierungsrat Thomas de Courten. De Courten, der in seiner Wahlwerbung verspricht, sich für eine intakte Umwelt einsetzen zu wollen. Das ist der gleiche Nationalrat, der in der laufenden Legislatur in Bern zu 100 Prozent gegen jedes Anliegen zugunsten unserer Umwelt gestimmt hat. Wie kommen die sechs Bürgerlichen wohl zu ihrer Einschätzung? Kaffeesatzlesen? Kathrin Schweizer bringt als Land- und Gemeinderätin viel Erfahrung in Legislative und Exekutive mit. Sie hat ihre Teamfähigkeit schon lange bewiesen. Und sie weiss ganz genau, dass man in unserem Land nur mit ausgehandelten guten Kompromissen weiterkommt. Gleichzeitig steht sie aber auch zu den Werten, die ihr wichtig sind. Nur eine starke Persönlichkeit wie Kathrin Schweizer verfügt über diese

Eigenschaften. Zu den eigenen Werten zu stehen und sie öffentlich zu kommunizieren, schliessen Teamfähigkeit und Kompromissbereitschaft nicht aus. Mir ist eine Politikerin wie Kathrin Schweizer mit einer ehrlichen Haltung auf jeden Fall lieber als Politiker wie Thomas de Courten, die etwas versprechen, was sie sicher nicht halten werden.

ERNST SCHÜRCH, LANDRATSKANDIDAT SP,
RÜNENBERG

Schlechter Stil

Mit grossem Befremden habe ich die Berichterstattung von fünf bürgerlichen Gemeindepräsidenten zur Kenntnis genommen. Darin wird das bürgerliche RegierungskandidatInnen-Team gelobt. Es bleibt jedoch nicht dabei: gleichzeitig wird Regierungskandidatin Kathrin Schweizer auf unschöne Art desavouiert. Ihr werden mit deutlichen Worten Kompetenzen für das Regierungsamt abgesprochen. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn die fünf Gemeindepräsidenten gleichgesinnte KandidatInnen unterstützen. Dass dies jedoch über Abwertungen einer Kandidatin mit einem anderen politischen Spektrum geschieht, ist mehr als unschön. Es zeugt von einem sehr schlechten Stil, welchem stichhaltigere Argumente fehlen.

Hat sich da bereits eine «Trumpisierung» in unsere politische Kultur eingeschlichen? MARLISE BOERLIN, MUTTENZ

Kathrin Schweizer ins Team

Drei Gemeindepräsidentinnen und drei Gemeindepräsidenten, d.h. 6 von 86, beleben vor den Regierungsratswahlen eine seit Jahrzehnten ziemlich abgelebte Propagandaidee. Sie sprechen der sozialdemokratischen Kandidatin die Teamfähigkeit ab. Das Urteil wird nicht begründet, ganz einfach deshalb, weil es sich angesichts der Arbeit von Kathrin Schweizer im Gemeinderat Muttenz nicht begründen lässt. Die Meinung der überschaubaren Gruppe heisst bei genauer Lektüre: eine Partei, die SP, soll mit einem Wählendenanteil von ca. 24 Prozent nicht in der Regierung vertreten sein; der Frauenanteil in der Regierung soll möglichst gering bleiben und eine Biologin braucht es schon gar nicht, sie könnte ja auf unbequeme Zusammenhänge in der Umweltpolitik hinweisen. Man bleibt gerne unter sich – damit man Strassen ungestört bauen kann –, so die etwas kümmerliche Botschaft der sechs Gemeindepräsidenten. Wer sich mehr erhofft, wählt Kathrin Schweizer in die Regierung.

PETER SCHMID, MUTTENZ